

Stellungnahme der CDU-Fraktion zum Haushaltsplan 2023 der Stadt Winnenden

13. Dezember 2022

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Holzwarth, sehr geehrter Herr Bürgermeister Sailer, sehr geehrter Herr Bürgermeister Haas, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Anwesende,

die Pandemie hatte uns fast drei Jahre fest im Griff und unser Leben und unser Handeln bestimmt. Jetzt scheint es, dass die notwendigen Einschränkungen überwunden sind – und da trifft uns die nächste krisenhafte Situation. Der **Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine** führt uns vor Augen, dass der **Frieden und unsere Sicherheit nicht selbstverständlich** sind.

Unser Staat ist damit weiterhin im Krisenmodus.

- Coronahilfen führen zu knapp 500 Mrd. EUR zusätzlichen Schulden in den Jahren 2020 bis 2022.
- 200 Mrd. EUR werden in den nächsten zwei Jahren als Abwehrschirm gegen die Energiekrise bereitgestellt
- 100 Mrd. EUR Sondervermögen für die Bundeswehr
- 1,2 Mio. Flüchtlinge werden 2022 aufgenommen, wofür ebenfalls hohe Kosten gestemmt werden müssen.

Alles sicher sinnvolle und notwendige Maßnahmen. Aber wir dürfen uns nichts vormachen – Kredite müssen bedient und zurückgezahlt werden. Wir laufen Gefahr, **unseren Wohlstand auf Kosten der jungen Generation abzusichern**.

Erschwerend kommt hinzu, dass die Wirtschaft mit neuen Themen zu kämpfen hat:

- mit stockenden **Lieferketten**,
- mit **Materialknappheiten**,
- mit begrenzten und dadurch teuren internationalen **Transportkapazitäten**
- und mit der **Energiekrise** und den dadurch steigenden Kosten.

Was bedeutet das für uns als Stadt Winnenden und unseren Haushalt?

Die **Steuereinnahmen sind noch überraschend gut**. Sollten die Risiken und Probleme für die Unternehmen anhalten, werden wir aber auch hier mit Rückgängen rechnen müssen.

Unsere Kosten steigen stark. Einerseits durch die hohen Gas- und Stromkosten, andererseits durch erwartbare hohe Tarifabschlüsse im öffentlichen Dienst. Die Unterbringung und Versorgung der Flüchtlinge bringt uns als Stadt an unsere Belastungsgrenze.

Die kommunalen Spitzenverbände habe bereits darauf hingewiesen, dass wir nicht mehr in der Lage sind, unsere zugewiesenen Aufgaben, ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung von Bund und Land, zu erfüllen.

Der Haushaltsplan 2023 und insbesondere die Finanzplanung bis 2026, mit **Schuldenstände weit über dem von uns beschlossenen Schuldendeckel**, zeigen die schwierige und kaum lösbare Situation auf. Der Haushalt enthält im investiven Bereich nur die Projekte, die bereits angefangen

sind bzw. die erforderlich sind, um unsere Pflichtaufgaben zu erfüllen. Viele weitere Projekte, die uns ebenfalls wichtig sind, können aktuell nicht eingeplant werden. Herr Haas hat die Themen in seiner Rede zur Einbringung des Haushaltes dargelegt.

Der Gemeinderat ist in seiner Haushaltsplanberatung **besonnen und verantwortungsvoll vorgegangen**. Die erst kurz zuvor erhaltenen, extrem schlechten Zahlen haben nicht dazu geführt, dass wir ad-hoc umfassende Einsparungen beantragt oder beschlossen haben, die möglicherweise **gut funktionierende Strukturen beschädigen könnten**. Wir müssen mit unseren Finanzen aktuell „auf Sicht“ fahren und gemeinsam mit den kommunalen Verbänden abwarten, welche Unterstützung wir bekommen.

In allen Fällen aber werden wir als Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen spüren. Es wird einen **Wohlstandsverlust** geben. Die schwierige Aufgabe dabei wird es sein, diesen fair auf die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zu verteilen – und das in Zeiten, in denen der gesellschaftliche Zusammenhalt schwächer geworden ist.

Wir sollten aber vorbereitet sein. Bereits in unserer Stellungnahme zum letztjährigen Haushalt haben wir auf drei möglichen Hebel zur Einsparung von laufenden Kosten hingewiesen. Da die Notwendigkeit hierzu nochmal gestiegen ist, möchte ich diese wiederholen:

1. Wollen wir Aufgaben bzw. Leistungen der Stadt weiterhin erbringen oder verzichten wir darauf – dies betrifft natürlich nur **Freiwilligkeitsleistungen**
2. **Erledigen wir unsere Aufgaben effizient** bzgl. Qualität und Quantität.
3. Ist der **Standard für die Aufgabenerfüllung** den finanziellen Verhältnissen noch angemessen oder müssen wir an der Qualität Abstriche machen. Diese Frage müssen wir uns auch immer bei Investitionen stellen.

Wir sind gespannt, welchen Spielraum uns die Verwaltung hier im Rahmen weiterer Diskussionen zur Finanzsituation bei vorhandenen rechtlichen Verpflichtungen aufzeigt.

Nun aber konkreter zu Themen der Kommunalpolitik und ihrer Abbildung im Haushalt.

Bürgerengagement ist gefordert und muss gefördert werden

Die finanzielle Entwicklung zwingt die Kommunen, sich auf das Wesentliche, die eigentlichen Pflichtaufgaben zu konzentrieren. Die Bürgerinnen und Bürger müssen wieder **mehr Eigenverantwortung** übernehmen – so fordert das der Gemeindetag in seinem Positionspapier zur Finanzlage der Kommunen.

Eigenverantwortung wird bei den **Vereinen, Organisationen und Kirchen** gelebt – hier engagieren sich viele Bürgerinnen und Bürger eigenverantwortlich für ihre Interessen und Leidenschaften. Sie sorgen damit auch für ein gutes Miteinander und einer Förderung des Zusammenhaltes unserer Gesellschaft. Unsere finanzielle Förderung für diese Strukturen ist formal sicher eine Freiwilligkeitsleistung – für uns aber unverzichtbar und wertvoll für unsere Stadt und unsere Gesellschaft.

Eigenverantwortung in den Teilorten

Besondere Ausprägung hat dieses Engagement in unseren Teilorten. Es gibt gut funktionierende Vereine mit toller Jugendarbeit und in vielen Teilorten auch Bürgervereine, die das gemeinschaftliche Leben im Ort mit organisieren. Ob es der

- Bürgerverein in Höfen,
- die Kultur- und Heimatvereinigung Birkmannsweiler,
- der Verein Bürgerhaus Altes Rathaus Breuningsweiler
- der BürgVerein in Bürg,
- der Hanweiler Flecka e.V.,
- die Baacher Dorfgemeinschaft,
- der Bürgerverein Hertmannsweiler oder
- oder die sich gefundene Initiative für den Bereich Schelmenholz

sind. Alle leben von Eigenverantwortung und Engagement und verdienen unsere Unterstützung.

Klimaschutz

Der Klimaschutz steht weiterhin ganz oben auf unserer Agenda, auch wenn derzeit andere Themen die Schlagzeilen beherrschen. Gemeinsam mit unseren Stadtwerken arbeiten wir an der **klimaneutralen Stadtverwaltung** mit vielen Ideen und guten Projekte. Wir sind gespannt auf die beim Bauamt in Arbeit befindliche energetische Analyse der städtischen Immobilien und den sich daraus ergebenden Maßnahmenplan.

Noch wichtiger wird das Ergebnis der **kommunalen Wärmeplanung** für Winnenden sein, die wir Ende 2023 erwarten. Mit unseren Stadtwerken haben wir einen guten Partner, der bei der Umsetzung erforderliche Maßnahmen anpacken wird.

Schaffung von Wohnraum

Der zweite Fokusbereich – Bereitstellung von bezahlbarem Wohnraum – hat mit dem Krieg in der Ukraine und dem dadurch ausgelösten Flüchtlingsstrom nochmals eine neue Dynamik erhalten. Die geplanten Vorhaben müssen schnell umgesetzt werden. Die mittlerweile erfolgte und leider notwendige **Unterbringung** von geflüchteten Menschen in der **Buchenbachhalle** darf kein Dauerzustand werden.

An dieser Stelle möchten wir all denen danken, die Flüchtlinge bei sich aufgenommen oder Wohnraum für Flüchtlinge zur Verfügung gestellt haben. Das ist gelebte Solidarität und Menschlichkeit!

Gleichzeit appellieren wir wieder an alle Bürgerinnen und Bürger, derzeit **nicht genutzten Wohnraum für die Vermietung an die Stadt** oder direkt an Wohnungssuchende zur Verfügung zu stellen!

Herzlich danken möchten wir den **vielen engagierten Bürgerinnen und Bürger**, die sich derzeit um die geflüchteten Menschen in der Buchenbachhalle kümmern und unterstützen, wo Hilfe benötigt wird.

Die wirtschaftliche Lage wirkt sich aber auch auf den Wohnungsmarkt aus. Steigende Zinsen und steigende bzw. unkalkulierbare Baukosten führen zu einer deutlichen Zurückhaltung bei Bauwilligen bzw. Kaufinteressenten und damit beim Bau neuer Wohnungen. Es ist richtig, dass wir verschiedene geplante Baugebiete in ihrer zeitlichen Umsetzung nach hinten geschoben haben. Auch wenn dies eher den internen Kapazitäten der Verwaltung geschuldet war, passt es doch auch zur Nachfrage. Allerdings löst das unser Problem des fehlenden Wohnraumes nicht.

Kinderbetreuung / Bildung

Investitionsschwerpunkt in unserer Stadt ist und bleibt der Bereich der Kinderbetreuung und der Bildung. Bei den Investitionen mit den höchsten Ausgaben im Finanzplanungszeitraum sind die Kinderhäuser Adelsbach I und Koppelesbach enthalten. Im Plan der Stadtbau Winnenden ist noch die Kindertagesstätte im Bereich der Erweiterung Körnle aufgenommen. Die Investitionen für diese drei Kinderhäuser bewegen sich in Summe Richtung 20 Mio. EUR.

Auch im Ergebnishaushalt geben wir den wesentlichen Teil unserer Steuereinnahmen für diesen Bereich aus. Die **Kinderbetreuung** ist uns 9 Mio. EUR und die **Aufgabe als Schulträger** 2,4 Mio. EUR pro Jahr wert.

Der nächste große Finanzaufwand rollt bei den Grundschulen auf uns zu. Bund und Länder beschließen den **Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung an den Grundschulen** ab Sommer 2026. Wir müssen die Schulen räumlich aufrüsten – Mensen und i.d.R. auch Turnhallenkapazitäten werden dort benötigt, wo die Ganztagesbetreuung angeboten werden soll. Die Kosten haben wir im Finanzplanungszeitraum noch gar nicht vollständig abgebildet – ohne umfassende Unterstützung geht das nicht.

Wirtschaftsförderung

Die größte Einnahmeposition im Haushalt ist die Gewerbesteuer mit 24 Mio. EUR gefolgt von der Einkommensteuer mit 20,3 Mio. EUR. Das zeigt die Bedeutung unserer Unternehmen, die einerseits unseren Haushalt durch ihre eigenen Steuerzahlungen und andererseits durch die zur Verfügungstellung von Arbeitsplätzen durch Einkommensteuer stark mitfinanzieren.

Wir haben positiv zur Kenntnis genommen, dass die Verwaltung keine Erhöhung der Hebesätze plant. In der schwierigen wirtschaftlichen Lage halten wir als CDU-Fraktion das für richtig. Die Unternehmen müssen erzielte Gewinne zur Stärkung ihrer Resilienz behalten können. Die Gewerbesteuer steigt nominal ja schon inflationsbedingt an, anders als dies z.B. bei der Grundsteuer der Fall ist.

Die **Belebung der Marktstraße** als unsere Hauptschlagader liegt uns sehr am Herzen. Hier wünschen wir uns weiterhin viel Einsatz seitens der Verwaltung und des VAW hinsichtlich Einzelhandelsansiedelung und Veranstaltungen.

Zusammenfassung

Eine solide Finanzpolitik, die Werte schafft, ohne die junge Generation mit Schulden zu belasten, war und ist unser Ziel. Der vorgelegte Haushalt bzw. **die vorgelegte Finanzplanung verlässt den Pfad einer soliden Finanzpolitik**. Da aber vieles im Fluss und vieles noch ungeklärt ist, müssen wir das so akzeptieren und – wie oben bereits dargestellt – „auf Sicht“ fahren.

Der Beschluss zur Begrenzung der Personalkosten kann als Symbolpolitik verstanden werden. Wenn das Symbol aber dazu führt, dass wir intensiver und noch kritischer mit der Personalkostenentwicklung umgehen, dann hat er schon Sinn gemacht.

Wir investieren in die Digitalisierung. Diese muss zwingend auch zu effizienteren Verwaltungsprozessen führen. Entweder können dann auch mittelfristig Stellen eingespart oder aber weiter wachsende Aufgaben ohne neues Personal bewältigt werden. Einzelbeispiele, warum Digitalisierung nicht zu Einsparungen führen können, sind da wenig hilfreich. Wir müssen da ran – auch schon, weil der Fachkräftemangel uns gar keine Alternative lässt.

Vielen Dank an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kämmerei für die gute Aufbereitung und Erläuterung des Haushaltsplanes. Ebenfalls bedanken wir uns bei allen Bürgerinnen und Bürger für ihren tollen ehrenamtlichen Beitrag, bei den Unternehmen für die Arbeitsplätze und den finanziellen Beitrag und bei allen Kolleginnen und Kollegen für die wiederum gute Zusammenarbeit im Gemeinderat!

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!
Für die CDU-Fraktion
Thomas Traub